

Am Sandtorkai 2
20457 Hamburg

Telefon (040) 36 62 03/04
Telefax (040) 36 63 77

E-mail: info@zds-seehaefen.de
Internet: www.zds-seehaefen.de

03. Juni 2013
Hei/Ra

Bundestagswahl 2013: Erwartungen der Verbände und Gewerkschaften an die Politik

Eingangsstatement von
Klaus Heitmann, Hauptgeschäftsführer des ZDS

Fachgespräch der Küstengang in der SPD - Bundestagsfraktion
am 03. Juni 2013
in der Landesvertretung Bremen beim Bund

Lieber Herr Beckmeyer, meine sehr verehrten Damen und Herren,

die deutsche Seehafenwirtschaft bleibt eine Wachstumsbranche. Ihr Umschlag wird sich bis 2030 voraussichtlich verdoppeln. Um diese Wachstumschancen zu nutzen, müssen die Seehafenanbindungen bedarfsgerecht ausgebaut werden.

An politischen Absichtserklärungen fehlt es nicht: Koalitionsvertrag, Nationales Hafenkonzept, Aktionsplan Güterverkehr und Logistik sowie Nationale Maritime Konferenzen postulieren, die Seehafenanbindungen prioritär auszubauen.

Die verfügbaren Investitionsmittel, Klagen von Minderheitsinteressen gegen Planfeststellungsbeschlüsse, noch nicht abgeschlossene Planfeststellungsverfahren sowie weitere Verzögerungen haben jedoch leider dazu geführt, dass die beabsichtigten Maßnahmen nur teilweise umgesetzt werden konnten.

Leistungsfähige Seehafenanbindungen sind für die deutsche Volkswirtschaft jedoch unverzichtbar.

Der Ausbau der seewärtigen Zufahrten und Hinterlandanbindungen der deutschen Seehäfen bleibt eine wichtige Aufgabe von nationaler Bedeutung.

Wir brauchen daher in der neuen Legislaturperiode ein eindeutiges, mit finanziellen Mitteln untermauertes, Bekenntnis der neuen Bundesregierung zum Ausbau der Seehafenanbindungen.

Wir möchten Sie daher bitten, sich dafür einzusetzen, dass die Maßnahmen zum Ausbau der seewärtigen Zufahrten und Hinterlandanbindungen der deutschen Seehäfen prioritär in den neuen Bundesverkehrswegeplan 2015 aufgenommen werden.

Ziel muss es sein, ein realistisches und finanzierbares Gesamtkonzept aufzustellen.

Dabei sollte die Investitionslinie von bisher jährlich rund 10 Mrd. € in den nächsten Jahren deutlich - um bis zu 4 Mrd. € jährlich - angehoben werden, um dem Nachholbedarf gerecht zu werden.

Hinsichtlich der vorgesehenen Priorisierungsstrategie sollten Projekte der Seehafenanbindungen in die Kategorie „Vordringlicher Bedarf Plus“ aufgenommen werden.

Dabei darf die Umweltbetroffenheit dieser Maßnahmen nicht zu einem K.O.-Kriterium für die Aufnahme von Projekten in die Kategorie VB+ führen.

Wenn angesichts der Schuldenbremse die Haushaltsmittel künftig noch stärker begrenzt sind, kommt es bei den Verteilungskämpfen noch mehr auf die Priorisierung der Mittel an. Dabei muss der Ausbau der Hafenanbindungen als Vorhaben von nationaler Bedeutung stärker als bisher berücksichtigt werden.

In der neuen Legislaturperiode sollte das Nationale Hafenkonzept als strategische Leitlinie für die Hafenpolitik fortgeschrieben werden. Der Beirat zur Umsetzung des Nationalen Hafenkonzepts hat diesem Vorschlag des Bundesverkehrsministeriums bereits zugestimmt.

Dabei muss die Finanzierbarkeit der Maßnahmen von Anfang an geklärt werden.

Die Fortschreibung des Nationalen Hafenkonzepts muss auch weiterhin von dem Leitbild und der Zielsetzung ausgehen, den Seehafenstandort Deutschland zu stärken. Es kann nicht zusätzliche Aufgabe der Fortschreibung des Nationalen Hafenkonzepts sein, die Hinterlandverbindungen ausländischer Wettbewerbshäfen zu stärken.

Das Bundesverkehrsministerium wird noch in dieser Legislaturperiode Leitlinien zur Fortschreibung des Nationalen Hafenkonzepts vorlegen.

Dabei wird es auch um den Ausbau der Offshore-Windenergie gehen. Wir haben den Bund aufgefordert, sich an der Finanzierung der Hafeninfrastruktur zum Ausbau der Offshore-Windenergie zu beteiligen. In einem Gesprächsforum mit den zuständigen Bundesministerien, norddeutschen Ländern und der Hafenwirtschaft soll diese Frage erörtert werden.

Auch hier benötigen wir Ihre Unterstützung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

unsere Erwartungen an die Politik in der neuen Legislaturperiode möchte ich wie folgt zusammenfassen:

Wir brauchen ein eindeutiges, mit finanziellen Mitteln untermauertes, Bekenntnis der neuen Bundesregierung zum Ausbau der Seehafenanbindungen.

Im neuen Bundesverkehrswegeplan 2015 müssen die Projekte zum Ausbau der Seehafenanbindungen in die Kategorie „Vordringlicher Bedarf Plus“ aufgenommen werden.

Als strategische Leitlinie für die Hafenpolitik sollte das Nationale Hafenkonzept fortgeschrieben werden mit dem Ziel, den Seehafenstandort Deutschland zu stärken. Dabei muss die Finanzierbarkeit der Maßnahmen von Anfang an geklärt werden.

Wir möchten Sie bitten, unsere Anliegen zu unterstützen und sich in der neuen Legislaturperiode hierfür einzusetzen.